

4. Die Haltung der christlichen Kirchen

Eine der wichtigsten moralischen Instanzen und Meinungsführer im Kampf gegen die Apartheid sind die christlichen Kirchen. Gerade die Kirchen in Südafrika – sieht man von der gleichsam als Staatskirche fungierenden Niederdeutsche Gereformerde Kerk (NGK) ab – haben sich deutlich für Aktionsprogramme, u. a. für wirtschaftliche Sanktionen, gegen die südafrikanische Regierung eingesetzt.

Die *Protestanten* und *Anglikaner* Südafrikas, gestützt durch den Ökumenischen Rat der Kirchen, sind bislang am weitesten gegangen. Im vergangenen Jahr haben sie in Harare/Simbabwe zu „sofortigen und umfassenden Sanktionen gegen Südafrika“ aufgerufen. Diese Forderung wurde jedoch nicht von allen Gläubigen und Teilkirchen geteilt. Dem pointierten Aufruf in der *Harare-Erklärung* zum „politischen Handeln aus geistlicher Verpflichtung“ wurden Erklärungen gegenübergestellt, um die Kirche nicht „zur Hilfstruppe der Revolution in Südafrika“ werden zu lassen. Dementsprechend entschied sich der Rat der EKD im Dezember 1985 nicht für umfassende, jedoch für gezielte, kalkulierte Sanktionen“, die in Südafrika Gerechtigkeit und Frieden bei geringstmöglicher Gewaltanwendung herbeirufen sollen.

Die *katholische Kirche* – normalerweise vorsichtiger mit politischen Handlungsanweisungen als ihre protestantischen Schwesterkirchen – hat besonders in Südafrika selbst sehr deutlich Stellung bezogen. In einem Hirtenbrief vom 2. Mai 1986 erkennen die katholischen Bischöfe „wirtschaftlichen Druck als ein moralisch gerecht-

fertigtes Mittel“ an, um das Apartheidsystem, das „so lange so viel Elend und Leid den Menschen unseres Landes gebracht hat“, zu beseitigen. Die katholischen Bischöfe, die sich – wie sie betonen – ihre Entscheidung nicht leicht gemacht haben, sprechen sich für „gezielten, kalkulierten wirtschaftlichen Druck“ aus, der so ausgeübt werden solle, daß er „die Wirtschaft des Landes nicht zerstört und zusätzliches Leid der Unterdrückten durch Arbeitsplatzverluste“ verhindert.

Der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe, die Harare-Erklärung und viele andere Resolutionen über wirtschaftlichen Druck gegen Südafrika enthalten normative Forderungen. Ob Sanktionen wirklich erfolgreich sein werden, ob dadurch Apartheid tatsächlich abgebaut wird oder die weiße Oligarchie in ihrer Wagenburg noch weiter zusammenrückt, ist schwer zu prognostizieren. Es sieht so aus, als würden die großen Industriestaaten in Kürze aus innenpolitischen Gründen und um die internationale Kritik abzuschwächen Sanktionen verhängen. Ob diese jedoch stark genug sind, Pretoria zu tiefgreifenden Veränderungen zu zwingen, muß dahingestellt bleiben. Die wirtschaftliche, politische und militärische Macht und Überlegenheit der Weißen ist groß und der Durchhaltewillen der Privilegierten, die zugleich ihre Existenzrechte bedroht sehen, nicht zu unterschätzen. Hoffnungen auf schnelle Veränderungen sind wahrscheinlich verfrüht. Es wäre deswegen gut, sich von kurzfristigen Überlegungen zu lösen und sich gedanklich und politisch stärker auf die langfristigen Ziele und Formen einer Post-Apartheid-Gesellschaft zu konzentrieren. Wie die Geschichte lehrt, können sich menschenverachtende Systeme sehr lange halten – aber auch nicht unbegrenzt.

Gerald Braun / Heribert Weiland

Zum Schweigen verurteilt

Die Lage der Kirche in Vietnam

Vietnam hat die ökonomischen Folgen der Indochina-Kriege, des militärischen Engagements in Kambodscha und des Exodus von weit über 1 Million Menschen vorwiegend chinesischer Abstammung bis heute nicht überwunden. Zur Lösung seiner Probleme bedarf es sowohl ausländischer Hilfe wie der vermehrten Bereitschaft seiner Bürger, den Aufbau des Landes zu fördern. Die politische Führung entschloß sich deshalb Mitte 1985, insbesondere im Bereich der Konsumgüterindustrie und des Dienstleistungsgewerbes zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückzukehren, nachdem die seit 1979 eher halbherzig betriebenen Reformen nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten.

Die jetzige *pragmatischere Linie*, die gelegentlich – überschwenglich – als „neue Revolution“ gepriesen wird, folgt dem Beispiel anderer kommunistischer Staaten wie

etwa China. Die meist in Kooperativen organisierten Bauern können ihre Produkte freier verkaufen, private Dienstleistungsunternehmen dürfen bis zu 10 Personen beschäftigen, und Beamte werden nicht mehr überwiegend in subventionierten Naturalien entlohnt, sondern bekommen ihr Gehalt voll ausbezahlt. Die Staatsbetriebe sind hinsichtlich der Beschäftigungspolitik, Preisgestaltung und Materialbeschaffung weitgehend frei, ja die Provinzregierungen tätigen sogar eigenverantwortlich Auslandsgeschäfte. Selbst die Errichtung von Freihandelszonen ist geplant, in denen sich ausländische Unternehmen längerfristig ansiedeln sollen, ohne eine Verstaatlichung befürchten zu müssen.

Die Maßnahmen erfolgten wesentlich auf Betreiben südvietnamesischer Politiker, die sich mit Unterstützung des Parteichefs Le Duan gegen konservative Kreise um

Staatspräsident Truong Chinh durchsetzten. Seit dieser zum Nachfolger des im Juli 1986 verstorbenen Le Duan ernannt wurde, ist allerdings das Schicksal des Reformkurses ungewiß. Selbst wenn Truong Chinh (79) nur für eine Übergangszeit amtierend sollte, wird er doch erheblichen Einfluß auf den Verlauf des für November 1986 geplanten Parteikongresses nehmen. Dieser aber wird nicht nur die Weichen für einen weiteren gesellschaftlichen Wandel stellen, sondern auch wohl über die Verjüngung der Parteikader wie insbesondere der Führungsspitze entscheiden.

Der *Kurswechsel* gestaltet sich ohnehin schwierig, wie die Währungsreform vom September 1985 verdeutlicht. Überhastet durchgeführt, dämmte sie nicht etwa die Spekulation ein, sondern ließ im Gegenteil die Inflation kurzzeitig auf 350% steigen. Hierunter litten nicht zuletzt die Staatsbediensteten mit festem Einkommen, so daß man in einigen Großstädten stillschweigend wieder die – befristete – teilweise Entlohnung in Naturalien einführte. Immerhin gestand die Parteipresse Anfang März 1986 die Fehler in ungewohnter Offenheit zu, und im Juni 1986 entließ man schließlich die hierfür Verantwortlichen im Rahmen einer weitgehenden Regierungsumbildung.

Außenpolitisch gibt sich Vietnam seit Mitte 1985 etwas flexibler, um die gespannten Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu entlasten und so stärkere Anreize für ausländische Investoren zu schaffen. Das größte Hindernis stellt weiterhin das *Kambodscha-Problem* dar, das Hanoi bisher weder politisch noch militärisch in seinem Sinne zu lösen vermochte. Das Marionetten-Regime Heng Samrins hat unter der Bevölkerung kaum an Vertrauen gewonnen, und die militärische Offensive vom Frühjahr 1985 konnte die anti-vietnamesische Koalition aus Anhängern Pol Pots, Prinz Sihanouks und des Generals Son Sann nicht entscheidend schwächen. Das Zweckbündnis dieser Gruppierungen hat sogar immer noch Bestand, obgleich sich die internen Differenzen in jüngster Zeit gelegentlich in blutigen Auseinandersetzungen rivalisierender Einheiten entluden. Die Terror-Aktionen der Kommunisten Pol Pots sind allerdings wenig geeignet, ihnen Sympathien zu verschaffen, da auch sie vielfach die unschuldige Bevölkerung treffen.

Verstärkte ideologische Bekämpfung der Religion

Das Angebot Vietnams, an der thailändisch-kambodschanischen Grenze eine entmilitarisierte Zone einzurichten, haben die ASEAN-Staaten mangels ausreichender Garantien bisher abgelehnt. Dennoch scheint ihre Front angesichts der etwas „konzilianteren“ Haltung Hanois allmählich aufzuweichen, wie z. B. der Aufschwung des (inoffiziellen) Handels zwischen Indonesien und Vietnam zeigt. Selbst die *Beziehungen Hanoi zu Peking* haben sich entspannt, nachdem es 1985 augenscheinlich mehrere Geheimtreffen von Politikern beider Staaten

gab. Die zeitweiligen Gefechte an der vietnamesisch-chinesischen Grenze gleichen denn auch – zumindest in der Sicht mancher Beobachter – eher „ritualen“, die keineswegs auf einen neuen ernsthaften Konflikt zielen.

Die liberalen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik fördern naturgemäß den Drang vieler Menschen zu größerer geistiger Freiheit. Um nun einer „Aufweichung“ der Gesellschaft entgegenzuwirken, bekämpft der Staat in zunehmendem Maße jene Gruppen, die er als Bedrohung seiner ideologischen Basis empfindet. Dies betrifft außer ethnischen Minderheiten, die eine zumindest kulturelle Autonomie anstreben, vor allem die Religionsgemeinschaften, deren Lehren man als mit dem Marxismus unvereinbar betrachtet. In der Sicht der politischen Führung ist eine *Koexistenz zwischen Marxismus und Religionen* deshalb nur temporär und einzig aus pragmatischen Gründen denkbar, insofern ein offener Kirchenkampf für das Staatsgefüge verheerende Folgen hätte. Entsprechend betreibt man mittelfristig gegenüber den Kirchen eine Politik der „Eindämmung“ mit dem Ziel, sie fest in die gesellschaftliche Entwicklung einzubinden. Letztlich sollen dann die „religiösen Überreste“ im Rahmen des allgemeinen Bewußtseinswandels der Menschen geilt werden.

Die Führung bedient sich hierbei einer *Doppelstrategie*, die auf die jeweiligen Funktionen von Partei- und Regierungsorganen abgestimmt ist. Erstere bemühen sich, durch eine offensive atheistische Propaganda die Gläubigen den Kirchen zu entfremden. Zugleich versuchen sie, die Religionsgemeinschaften durch Kollaborationsangebote an einzelne Gruppen zu spalten. So empfiehlt etwa ein 1982 bekannt gewordenes Partei-Dokument „Unsere Aufgabe gegenüber der katholischen Kirche“ detailliert Methoden, mit deren Hilfe man Teile der Kirche für die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen gewinnen könne. Erklärtes Ziel ist dabei, „die Kirche, die bisher ein Instrument des Imperialismus und der Revolutionsgegner war, zu einer patriotischen, der Nation und dem Sozialismus nahestehenden Kirche im Dienste des Staates umzuformen; ihre Lehre, Organisation, Gesetzgebung und Zeremonien gemäß einer fortschrittlichen Orientierung zu reformieren“ (J. Maïs, *Church-State Relations in Vietnam*, = *Pro mundi vita*, Dossier 1/86, S. 14).

Die Regierung selbst bevorzugt aus Gründen der Staatsraison eine defensive Haltung und gibt sich offiziell eher tolerant. Die Verfassung von 1980 garantiert denn auch die Freiheit der Religionsausübung, allerdings nur im privaten Bereich und mit der Maßgabe, daß sie nicht den marxistischen Leitlinien der staatlichen Politik zuwiderläuft. Die Aktivitäten aller Glaubensgemeinschaften unterliegen darum einer *strengen behördlichen Kontrolle*. Ein Dekret vom 11. November 1977 bestimmt u. a., nur solche Kandidaten dürften Priester werden, die „Patriotismus und Liebe zum Sozialismus bezeugen“ (ebd., S. 16). Demzufolge ist die Zulassung zum Theologie-Studium ebenso von einer Genehmigung durch die Behörden abhängig wie die spätere Amtsausübung, ja sogar die Lehr-

pläne an den Seminaren werden hinsichtlich ihrer ideologischen Verträglichkeit überprüft. Daß derartige Maßnahmen nicht nur auf die Gleichschaltung der Kirchen zielen, sondern auch auf die Ausdünnung ihres Personalbestandes, versteht sich dabei – leider – wohl von selbst. Der Staat begnügt sich jedoch keineswegs damit, Ausbildung und Tätigkeit der Geistlichen zu überwachen. Er ist bestrebt, das Leben der einzelnen Gemeinden wie der Religionsgemeinschaften insgesamt mit seinen eigenen Aktivitäten zu koordinieren.

Diesem Zweck dienen jene *politisch-religiösen Körperschaften*, die im Rahmen der „Patriotischen Front“ (dem Dachverband der Massenorganisationen) als Bindeglied zwischen Regierung und Glaubensgemeinschaften fungieren. Letztlich verfolgt er damit – trotz aller Bekenntnisse zur Toleranz – dasselbe Ziel wie die Partei. Der Leiter des staatlichen Kirchenbüros in Hanoi, *Dang Thanh Chon*, hob denn auch im Mai 1983 auf einem Kongreß der „Patriotischen Front“ in einem Grundsatzreferat hervor: „Der bedeutsamste Aspekt der Religionspolitik ist, auf das arbeitende Volk, das verschiedenen Religionen angehört, dergestalt einzuwirken, daß es der Partei und der Revolution folgt, um die nationale Unterdrückung und jene durch einzelne Klassen zu beseitigen, um siegreich den Sozialismus und Kommunismus zu erbauen, die allen Menschen Unabhängigkeit, Freiheit, Wohlstand, Glück und ein moralisches Ideal vermitteln.“ (Echange France-Asie, Dossier 5/86 „Vietnam“, Hrsg. J. Maïs, S. 32.)

Unterdrückung der Religionsgemeinschaften

Angesichts der oft nur spärlichen Informationen über Vietnam überhaupt und über die Lage der dortigen Religionsgemeinschaften im besonderen läßt sich das gesamte Ausmaß der Glaubensunterdrückung nur ahnen. Mitte 1985 beklagten Exil-Vertreter der 1964 gegründeten „Vereinigten Buddhistischen Kirche Vietnams“, die einst für eine Verständigung mit den Kommunisten plädiert hatte, in einer umfangreichen Dokumentation die massive Verfolgung ihrer Glaubensbrüder. Danach wurden seit 1975 zahlreiche Mönche verhaftet bzw. verbannt, Tempelanlagen zerstört und buddhistische Sozialeinrichtungen geschlossen. Nur noch wenige junge Menschen erhalten die Erlaubnis zum Eintritt ins Kloster, so daß etwa die Zahl der Mönche in der Umgebung Da Nangs binnen einiger Jahre von 500 auf 50 sank. Zudem wurde 1981 eine staatlich kontrollierte „Buddhistische Kirche Vietnams“ gebildet, die allerdings unter den Mahayana-Buddhisten (ehemals 80% der Bevölkerung) nur geringen Einfluß besitzt.

Noch härter traf es offensichtlich die *synkretistischen Sekten* Südvietnams. In seinem erwähnten Referat vermerkte *Dang Thanh Chon* mit Genugtuung, die *Hoa Hao*, die früher 1,5 Millionen Gläubige zählten, hätten ihre „reak-

tionäre politische Organisation beseitigt“ und seien zu „normalen religiösen Aktivitäten entsprechend ihren Anfängen zurückgekehrt“ (a. a. O., S. 30). Was hierunter zu verstehen ist, verdeutlicht das Lob, das Chon den Cao-Dai-Sekten mit einst 2 Millionen Anhängern spendet. So habe deren Gruppe in *Thay Ninh* eine „Umstrukturierung ihrer Tätigkeiten im Geiste der Politik und der Gesetzgebung des Staates und des gemeinsamen Marsches mit dem Volke eingeleitet“ (ebd.).

Die etwa 200 000–250 000 *südvietnamesischen Protestanten* haben sich bisher einer Zwangsvereinigung mit der Kirche der noch rund 10 000 Protestanten Nordvietnams widersetzt. Voraussetzung für einen Zusammenschluß wäre, daß man den seit 1976 vorliegenden Entwurf für eine neue Kirchenordnung verabschiedet. Dies stößt jedoch auf erheblichen Widerstand, da die geplante Kirchenverfassung die – wenngleich vage formulierte – Verpflichtung zum Patriotismus und zur „positiven“ staatsbürgerlichen Einstellung enthält. Viele evangelische Christen befürchten, dies könne einen entscheidenden Schritt zur Politisierung ihrer Kirchen (im Sinne des Staates) bedeuten (vgl. epd, 14. 4. 86).

Prekäre Lage der katholischen Kirche

Die katholische Kirche mit ihren rund 3,6 Millionen Gläubigen ist nicht zuletzt deshalb in besonderem Maße Repressalien unterworfen, weil sie eine recht geschlossene, in der Vergangenheit prononciert anti-kommunistische Gemeinschaft bildet (vgl. HK, Juni 1984, 254 ff.). Nach 1975 wurden etwa 300 *Priester* verhaftet resp. verbannt, und derzeit befinden sich noch immer 100–200 Geistliche in „Umerziehungslagern“. Darüber hinaus ist vielen Pfarrern die Amtsausübung untersagt, wobei sie gezwungen sind, sich ihren Lebensunterhalt durch manuelle Tätigkeiten zu verdienen. Gleiches gilt für einen großen Teil jener *Ordensleute*, die keine Beschäftigung in den inzwischen verstaatlichten ehemaligen Sozialeinrichtungen der Kirche fanden. Die (inoffiziellen) Angaben über den Personalstand der Kirche haben somit nur bedingten Wert, doch hilft ein Vergleich der Zahlen für Nord- bzw. Südvietnam zumindest, die Ziele des Staates zu verdeutlichen:

1985 gab es 2133 *Priester*, davon jedoch nur 233 (nach anderen Quellen 286) in Nordvietnam, das immerhin ein Drittel der Katholiken stellt. Von den 6177 Ordensschwestern und 1100 Ordensbrüdern waren sogar allenfalls 400 in Nordvietnam tätig (Fides, 22. 6. 85). Der ausschließlich aus Einheimischen gebildeten Klerus ist zudem sehr überaltert, da die Behörden die Nachwuchsförderung stark behindern. Die meisten Priesterseminare mußten entweder auf behördliche Anordnung hin schließen oder mangels staatlich genehmer Kandidaten ihren Lehrbetrieb selbst einstellen. 1985 zählten die beiden einzigen verbliebenen Seminare in Hanoi und Haiphong gerade noch 14 Anwärter, und 1986 wurden nur 5 weitere von insgesamt 60 Theologie-Studenten des Jahrgangs

1981/82 zugelassen. Niemand weiß allerdings, wer von den Kandidaten letzten Endes auch die Erlaubnis zur Priesterweihe und zur späteren Ausübung seines Amtes erhalten wird. In Ho-Chi-Minh-Stadt (Saigon) konnten z. B. seit 1975 nur noch 15 Neupriester geweiht werden.

Der *Seelsorge* sind äußerst enge Grenzen gesetzt. Katechismus-Unterricht für Kinder und Jugendliche ist verboten, Zeitpunkt und Dauer der Gottesdienste werden behördlich geregelt, und Predigten können in aller Regel überhaupt nicht gehalten werden – an ihre Stelle tritt oft genug die Verkündung amtlicher Verordnungen. Kirchenversammlungen dürfen allenfalls zu staatlich genehmigten Zwecken einberufen werden, und Pilgerfahrten sind generell untersagt, ja die Priester können sich nicht einmal regional ohne Schwierigkeiten frei bewegen. Auslandsreisen werden ihnen nur dann erlaubt, wenn sie in staatlichem Auftrag erfolgen, und selbst die *Bischöfe* werden oft genug daran gehindert, ihren *Ad-limina-Verpflichtungen* nachzukommen. So konnten 1985 nur drei der 39 Oberhirten zu ihrem vorgeschriebenen Besuch nach Rom kommen.

Die Behörden ahnden auch geringfügige Verstöße gegen diese Auflagen mit teilweise empfindlichen Strafen. Mitte 1985 wurde etwa ein Priester zu drei Jahren Verbannung in ein kleines Dorf verurteilt, weil er folgende „Vergehen“ begangen hatte: Durchführung einer lokalen Pilgerfahrt, Einberufung eines Gemeinderates, Sammlung von Spenden zur Kirchenreparatur, Aufruf gegen die Benutzung kontrazeptiver Mittel, Feier des Weihnachtsfestes (nach UCA News, 21. 8. 85).

Besonderen Repressalien sind im übrigen die *Jesuiten* unterworfen. Zahlreiche Angehörige des Ordens wurden seit 1975 in mehreren Massen-Prozessen wegen angeblicher staatsfeindlicher Aktivität mit hohen Haftstrafen belegt. 1985 lebten nur noch 9 Ordensleute in den beiden letzten noch bestehenden Ordenshäusern (nach KNA, 26. 9. 85).

Die Unterdrückungsmaßnahmen treffen auch viele einfache *Gläubige*. Zahlreiche katholische Akademiker hat man in ferne Landesteile versetzt, und zunehmend verwehrt man Katholiken den Zutritt zu den Hochschulen. Augenscheinlich hat dies aber nicht den Mut der Menschen gebrochen, ja angesichts der Verfolgung scheint die Kirche in manchen Kreisen sogar an Attraktivität zu gewinnen, denn 1983 gab es allein in Ho-Chi-Minh-Stadt immerhin 4500 Erwachsenen-Taufen (nach Steyl-Korrespondenz, 1. 6. 85). Viele vietnamesische Katholiken haben sich allerdings angesichts der Verfolgungen gleichwohl für die *Emigration* entschieden, was die Kirche ausdrücklich bedauert. Unter den mittlerweile über 1 Million Flüchtlingen im westlichen Ausland gibt es fast 300 000 Katholiken, davon die Hälfte in den USA, 50 000 in Frankreich sowie u. a. 7000 in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurden 1985 von 313 vietnamesischen Priestern und etwa 600 Ordensleuten betreut, von denen zwei Drittel in den USA eine neue Heimat gefunden hatten (Fides, 22. 6. 85).

Trotz aller Repressalien hat die Regierung in Hanoi bisher eines ihrer wichtigsten Ziele verfehlt: die Infiltration der Kirche durch regime-treue Priester und Laien des „*Vereinigungskomitees katholischer patriotischer Vietnamesen*“. Die am 10. November 1983 gegründete Organisation, die als Teil der „Patriotischen Front“ ins Leben gerufen wurde, besitzt gemäß ihren Statuten u. a. folgende Aufgaben: „1. Zur Stärkung des Patriotismus der Katholiken beizutragen, damit sie mit dem gesamten Volk in positiver Weise das sozialistische vietnamesische Vaterland aufbauen und verteidigen. 2. Durch ihr Engagement folgende Ziele verwirklichen zu helfen: die Kirche an die Nation zu binden – entschlossen gegen jeden Versuch von Imperialisten und Reaktionären zu kämpfen, die Kirche zu mißbrauchen – den guten Ruf der Religion des Herrn zu bewahren“ (Echange France-Asie, Dossier 10/84 – 1/85, S. 19).

Zwischen Anpassung und Widerstand

Das Komitee besitzt bis heute keine kirchliche Legitimation, zumal die in seinen Gremien tätigen Mitglieder nicht von den Gläubigen gewählt, sondern von der „*Patriotischen Front*“ delegiert wurden. Entsprechend findet es unter den Katholiken keinen Rückhalt. In zwei Diözesen gelang es bis Anfang 1986 nicht einmal, lokale Organisationen aufzubauen. Bezeichnend ist allein schon die Sprachregelung, die die Gläubigen bezüglich der im Komitee engagierten Priester verwenden: Gottesdienste regime-treuer Geistlicher „besucht man“ allenfalls, an den Messen der anderen Priester aber „nimmt man teil“. Ohnehin haben fast alle Bischöfe ihrem Klerus intern zu verstehen gegeben, daß sie eine aktive Mitarbeit im Vereinigungskomitee scharf mißbilligen. Manche Geistliche sind denn auch dem Verband nur nominell beigetreten, um staatlichem Druck zu entgehen, und die Zahl der politisch wirklich aktiven Priester dürfte wenige Dutzend nicht übersteigen.

Öffentlich reagierte allerdings nur der Erzbischof von Hue, *Nguyen Kim Dien*, indem er den einzigen Pfarrer seiner Diözese, der auf dem Gründungskongreß des Komitees offiziell in Erscheinung trat, vom Amt suspendierte. Der Erzbischof von Hue, der sich auch früher nicht gescheut hatte, gegen staatliche Eingriffe in das Kirchenleben zu protestieren, wurde daraufhin von April bis Oktober 1984 inhaftiert. Seither lebt er unter strenger polizeilicher Überwachung in Hue, das er nicht verlassen darf. Die *Bischofskonferenz*, an deren jährlichen Zusammenkünften immerhin die Mehrzahl der Oberhirten teilnehmen darf, hat sich in allen Fragen, die das Verhältnis von Staat und Kirche betreffen, äußerste *Zurückhaltung* auferlegt. In den letzten Jahren veröffentlichte sie nicht einmal Hirtenbriefe, nachdem sie noch 1980 und 1983 in Hirtenbriefen bekundet hatte, die Kirche wolle einen Beitrag zum Aufbau des Landes leisten.

Mittlerweile schweigt die Hierarchie lieber, zumal viele Katholiken auf diese Appelle mit Unmut reagierten, wäh-

rend der Staat selbst die Verlautbarungen offensichtlich eher als „Lippenbekenntnisse“ betrachtete. Da eine offene Kritik ohnehin nur neue Repressalien heraufbeschwören würde, paßt sie sich den Machtverhältnissen gezwungenermaßen an, wie Erzbischof *Nguyen Van Binh* von Ho-Chi-Minh-Stadt im April 1986 gegenüber deutschen Presse-Vertretern erklärte. Ihm gestattete man anlässlich des „Gebetstages für die verfolgte Kirche“ (den die Deutsche Bischofskonferenz Vietnam gewidmet hatte) ein Interview, dessen Formulierungen deutlich Rücksicht auf staatliche Stellen verrieten: „Wir sind diejenigen, die sich mit den Gegebenheiten abfinden müssen. ... Es gibt vielleicht viele Menschen hier, die diese Regierung innerlich ablehnen. Das ist möglich. Aber wir als Kirche können nicht sagen, wir akzeptieren diese Regierung oder wir akzeptieren sie nicht.“ (epd, 23. 4. 86)

Chance für einen Neubeginn?

Die Kirche hat sich deshalb auch mit der Existenz des Vereinigungskomitees abgefunden, das sie allerdings nur als staatliches Organ ansieht. Sie muß sich mit ihm arrangieren, da das Komitee z.B. beim Druck kirchlicher Schriften eingeschaltet werden muß (1985 durfte die Kirche 80 000 Gebetbücher und 8000 Bibeln drucken lassen – Fides, 30. 11. 85).

Dies fällt um so leichter, als die Regierung augenscheinlich vorerst nicht beabsichtigt, das Komitee als Instrument zur Abspaltung der Kirche von Rom zu benutzen. Dies könnte den *außenpolitischen Interessen* Vietnams schaden, und zudem ist die regime-treue Organisation wohl eben doch noch zu schwach. Erzbischof Binh ließ insofern vorsichtigen Optimismus erkennen, als er meinte: „Wir können nicht sagen, ob diese Vereinigung

immer eine positive Rolle spielen wird. Das wäre zu gewagt. Aber bis jetzt, in den letzten beiden Jahren, war das Komitee der Kirche dienlich. Und ich hoffe, das gilt auch für die Zukunft. Wenn wir etwas mit der Regierung zu regeln haben, wenn es Schwierigkeiten gibt, dann wenden wir uns an das Komitee und bitten darum, unseren Standpunkt gegenüber den staatlichen Stellen klarzulegen. Bis jetzt hat das funktioniert“ (ebd. S. 6).

Diese Haltung wird jedoch keineswegs von allen Oberhirten oder gar Gläubigen geteilt. Nicht wenige werfen manchen Bischöfen Resignation, ja Feigheit vor. Sie verweisen auf das mutige Auftreten jener, die trotz staatlicher Drohungen offen ihre Meinung äußerten. Für sie sind Erzbischof Dien oder der ebenfalls in seiner Amtsausübung stark behinderte Kardinal *Trinh Van Canh* von Hanoi sicherlich eher Vorbilder. Es gibt aber auch Gläubige, die die erniedrigende Lage der Kirche als *Chance zu einem Neubeginn* verstehen. Sie versuchen, in ihrer jeweiligen Umgebung im christlichen Geiste tätige Nächstenhilfe zu üben und so ihren Mitmenschen in der Not zumindest ein Gefühl der Gemeinschaft zu vermitteln. Erzbischof Binh sieht denn auch hierin die Möglichkeit, der ihrer materiellen Mittel weitgehend beraubten Kirche ein neues Profil als „Kirche für die Armen“ zu verleihen: „Das bedeutet: Kirche mitten im Volk, eine Kirche, die sich nicht gegen das vietnamesische Volk stellt, nicht in einer Oppositionsrolle verharrt ... Das heißt, wir müssen in Armut leben, wir müssen uns zuallererst um die Ärmsten kümmern ... Man kann in diesem Sinn auch sagen, wir wollen eine ‚Kirche der Armen‘ sein. Aber man muß genau erklären, was damit gemeint ist. Die Kirche ist nicht ausschließlich für die Armen da. Sie ist für alle da. Wir wollen im ganzen vietnamesischen Volk die christliche Lehre verkünden, vor allem aber den Armen“ (ebd., S. 5).

Peter Drews

Kurzinformationen

Johannes Paul II. äußerte sich am 28. Juni ausführlich zum Stand der Nacharbeit der Konzilsondersynode 1985.

Der Papst widmete die traditionelle Halbjahresbilanz beim Zusammentreffen mit der Kurie und den Mitarbeitern des Vatikanstaats an Peter und Paul diesmal ganz dem Rückblick auf die außerordentliche Vollversammlung der Bischofssynode Ende letzten Jahres (vgl. HK, Januar 1986, 34–48). Dabei ging er vor allem auf die drei Vorschläge des Schlußdokuments ein, die er schon in seiner Schlußansprache als besonders wichtig herausgehoben hatte: Ostkirchenrecht, „Weltkatechismus“ und Stellung der Bischofskonferenzen. Nach den Worten des Papstes soll das *Kirchenrecht für die katholischen Ostkirchen* bald fertiggestellt werden. Er kam auf die Errichtung der Kardinals- und Bischofskommission zur Erar-

beitung eines Katechismusedentwurfs zu sprechen, die unlängst bekanntgegeben wurde (vgl. HK, Juli 1986, 304): Die Kommission könne im Verlauf ihrer Arbeit auf *Konsultoren und Experten* zurückgreifen, damit die Vorbereitung des Katechismus in der von der Synode gewünschten Art und Weise vor sich gehe und den „pädagogischen, psychologischen und technischen Anforderungen der modernen Kultur und Gesellschaft“ Rechnung trage. Der Katechismusedentwurf werde nach seiner Fertigstellung wie das Schema zum CIC den Bischöfen zur Stellungnahme vorgelegt. Die Verantwortung für die von der Synode gewünschte Studie über den *theologischen Ort und die Lehrautorität der Bischofskonferenzen* wurde von Johannes Paul II. mit Schreiben vom 19. Mai dem Präfekten der Bischofskongregation übertragen. Die Ortskirchen und die Kurienorgane würden